

März 1920

**Die Arbeiter des Volksstaates Reuß
verteidigen die Demokratie gegen
Putschisten**

Hans Leucht

Am Beginn eines neuen Jahrhunderts leben wir wie selbstverständlich in demokratischen Verhältnissen. Wir sollten aber die nicht vergessen, die für die Demokratie selbst unter Einsatz ihres Lebens kämpften.

Arbeitsgemeinschaft Geschichte
beim Stadtvorstand Gera der PDS

2000

digitale Ausgabe bearbeitet von Hartmut Dressel
2013

In der Novemberrevolution 1918 wurden bedeutende politische Rechte für das deutsche Volk erkämpft, wie

- allgemeines Wahlrecht (auch für Frauen)
- Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit
- Achtstundentag
- Streikrecht u. A.

Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse blieben beim Alten. Auch die militärische Macht, durch Bestimmungen des Versailler Vertrages zwar reduziert, wurde trotz sozialdemokratischen Reichswehrminister (Noske) nicht grundsätzlich verändert.

Der Volksstaat Reuß

Die ehemaligen Fürstentümer Reuß ältere und jüngere Linie hatten sich nach dem Sturz der Monarchien am 04. April 1919 zum Volksstaat Reuß innerhalb der Republik Deutschland zusammen geschlossen. Die USPD war die einflussreichste politische Kraft. Sie konzentrierte sich besonders in den Industrieorten. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung stimmten in Gera 50,2 % der Wähler für sie. Zusammen mit der SPD erreichten sie einen Anteil von 67,2 % ⁽¹⁾.

Die am 2. Februar 1919 in beiden Staaten gewählten Landtage schlossen sich zum gemeinsamen Landtag (Volksrat) zusammen und bildeten eine paritätische Landesregierung (Staatsrat) mit Sitz in Gera ⁽⁴⁾. Sie setzte sich wie folgt zusammen:

Minister	Freiherr v. Brandenstein		(Gera) ¹
Minister	William Oberländer	DFSP	(Greiz) ²
Staatsrat	Emil Vetterlein	USPD	(Gera)

1 Minister Carl v. Brandenstein war Offizier im Ersten Weltkrieg, ab Dezember 1917 Beamter im Fürstentum Reuß j. L. In der Novemberrevolution arbeitete er mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Gera zusammen. Er war zunächst parteilos, trat aber 1921 der SPD bei.

2 William Oberländer war ein bekannter Greizer Rechtsanwalt und Notar. Als Mitglied der Deutschen Freisinnigen Partei (DFsP) arbeitete er bereits in der Regierung Reuß-Greiz mit den Vertretern der Arbeiterparteien loyal zusammen.

Staatsrat Hermann Beyer	USPD (Gera)
	auch Vertreter des ADGB
Staatsrat Paul Kiß	USPD (Greiz)
Staatsrat Hermann Drechsler	USPD (Gera)
Staatsrat Artur Drechsler	USPD (Greiz) ⁽⁵⁾

Der Ausnahmezustand

Während die alten Kräfte versuchten, den politischen Einfluss der Werktätigen wieder zurück zu drängen, bemühten sich, unterschiedlich politisch organisiert, revolutionäre Kräfte die Erregenschaften zu verteidigen und zu erweitern.

Im Januar 1920 stand im Reichstag ein Betriebsrätegesetz zur Abstimmung, welches wesentliche Forderungen der Arbeiter nicht enthielt. So sollten die Rechte der Betriebsräte eingeschränkt werden. Dagegen protestierten am 13. Januar zehntausende Arbeiter und Angestellte vor dem Reichstagsgebäude. Das gegen sie eingesetzte Militär eröffnete das Feuer auf die Demonstranten. Es gab 42 Tote und 105 Verletzte. Der Reichspräsident verhängte den Ausnahmezustand über das Reich (mit Ausnahmen: Sachsen, Bayern, Württemberg und Baden)⁽⁶⁾. Von Reichswehrminister Noske war die vollziehende Gewalt über den Volksstaat Reuß und weitere angrenzende deutsche Staaten an General Maerker übertragen worden. Als Regierungskommissar war ihm der ehemalige kaiserliche Hofbeamte v. Gersdorff beigeordnet worden⁽¹⁴⁾. Im Zusammenhang damit war auch die der USPD nahe stehende „Reußische Tribüne“ vom 21.01. – 03.02. und vom 10.02. – 29.02.1920 verboten worden⁽¹⁵⁾.

Diese Situation nutzte die Reaktion, im ganzen Reich aktiv gegen die verfassungstreuen Kräfte, besonders gegen die Arbeiterbewegung, in Aktion zu treten; propagandistisch mittels ihres Einflusses in bestimmten Presseorganen, militärisch mittels Bildung illegaler paramilitärischer antirepublikanischer Einheiten (Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände). Sie baute auch auf die Unterstützung durch die Reichswehr. Es war kein Geheimnis,

dass die ehemaligen kaiserlichen Generale und Offiziere die Republik hassten. Im Gegensatz zu den Vertretern der Arbeiterparteien, die in der Regierung saßen, trauten viele Mitglieder dieser Parteien der Armee nicht über den Weg. Das trifft auch für den Volksstaat Reuß zu.

Gera und die Reichswehr

In der Stadt Gera war damals außer der Abwicklungsstelle des Infanterieregimentes 96 keine militärische Einheit stationiert. Seit Mai 1919 bemühte sich die Reichsregierung, Gera wieder zu einer belegten Garnisonsstadt zu machen, Reichswehrtruppen zu stationieren. Große Teile der Arbeiterschaft und auch die Landesregierung sahen darin nicht zu Unrecht eine Gefahr für die politischen Verhältnisse in der Stadt und im ganzen Land. Sie wehrten sich gegen diese Versuche. Die Landesregierung verwies die Reichsregierung auf die Absicht der Arbeiterschaft, sich dagegen mit Generalstreik zu wehren.⁽¹⁴⁾

Während Reichswehrminister Noske am 18.02.1920 der Landesregierung mitteilte, dass wegen der Reduzierung des Heeres auf 100 000 Mann in Reuß keine Truppen untergebracht werden brauchen⁽¹⁵⁾, setzte sich am gleichen Tag der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, General Maerker, mit einem Telegramm über die Mitteilung seines Ministers hinweg. Er telegraphierte: „Aus allgemeinen militärischen Gründen muss ein Grenzschutzbataillon der Reichswehrbrigade 16 für einige Zeit in Gera untergebracht werden ...“⁽¹⁶⁾ Auf Nachfrage der Landesregierung wurde ihr mitgeteilt, dass es sich um eine Einheit aus Schneidemühl handelt, die in Gera aufgelöst werden solle.⁽¹⁷⁾

Schon die Tatsachen, dass dieses Bataillon mit voller Bewaffnung nach Gera in Marsch gesetzt wurde, als auch die auf militärische Aktionen orientierten Tagesbefehle zeigten, dass es sich bei diesen Angaben um eine bewusste Täuschung handelte⁽¹⁸⁾. Als das Bataillon am 01.03. unter Führung von Major v. Coburg in Gera einrückte, war seine Bezeichnung in „Bataillon des 3. Landjägerregiments“ geändert worden⁽²³⁾.

Wie im ganzen Reich wurde auch in unserem Gebiet ein antirepublikanischer Umsturz langfristig vorbereitet.

Die Putschvorbereitung im Volksstaat Reuß

Die systematische militärische Vorbereitung des Putsches erfolgte in unserem Gebiet nicht erst mit der unmittelbaren Stationierung von Reichswehr in Gera. Bereits am 22.01.1920 wurde ein „Erkundungsbericht“ über Gera ausgefertigt, der bei Major v. Coburg nach seiner Gefangennahme am 15. März gefunden wurde. Er enthielt erforderliche Informationen für den militärischen Einsatz im Falle eines Umsturzes.

In ihm heißt es u.a.:

*„Freiw. Landesjägerkorps
II. Abteilung*

Brfbch. Nr. 1 d 12/20 geheim pers.! Altenburg, den 22. Januar 1920.

Erkundungsbericht über Gera.

A.

1. Gera gehört als Hauptstadt zum Freistaate Reuß. Die Einwohnerzahl beträgt 65 000. Der Arbeiterstand herrscht vor. Das Stimmenverhältnis bei den letzten Wahlen war:

	<i>Nationalversammlung</i>	<i>Landesversammlung</i>
<i>D. N. P.</i>	<i>7520</i>	<i>7072</i>
<i>D. B. P.</i>	<i>-</i>	<i>-</i>
<i>D. D. P.</i>	<i>6544</i>	<i>6101</i>
<i>S. P. D.</i>	<i>7148</i>	<i>24770</i>
<i>U. S. P. D.</i>	<i>22245</i>	<i>-</i>

Der Landtag ist besetzt mit 13 S. P. D. und U. S. P. D., 3 D. D. P. und 5 D. N. P. und D. B. P.

2. Die Haltung der Arbeiterschaft ist im allgemeinen ruhig. Sie ist hauptsächlich U. S. P. D. und K. P. (K. P. im Anwachsen).

An großen Betrieben sind zu nennen: Wesselmann, Werkzeugfabrik (1200

Arbeiter), Jodt, Metallwarenfabrik (1000 Arbeiter). Ferner befinden sich noch zirka 40 Webereien und Färbereien am Ort und in der Umgebung. Diese beschäftigen teilweise 500 bis 600 Arbeiter. Die größten von diesen sind: Morand u. Co., Weißflog, Hirsch.

*Die Arbeiterviertel liegen im Süden und Osten der Stadt.
Ob die Arbeiter bewaffnet sind, ist nicht geklärt, jedoch nach den letzten Erkundungen als bestimmt anzunehmen.*

*3. Ruhe, Ordnung und Sicherheit waren bis jetzt vorhanden.
Ausschreitungen kamen nicht vor.*

7. Eine Besetzung Geras wird nach Ansicht der rechtsstehenden Bürgerschaft für unbedingt notwendig erachtet und gewünscht. Bei einem bewaffneten Einschreiten soll der Generalstreik proklamiert werden. Einer Garnisonierung durch Reichswehrtruppen in Gera würden sich die linksstehenden Parteien nur schwer fügen; von der Bürgerschaft und dem Garnisonkommando (einschl. der Unteroffiziere des I.-R. 96) wird diese gewünscht.

Bewaffnetes Einschreiten müßte überraschend, Garnisonierung nach vorheriger Ankündigung erfolgen.

8. Rädelsführer und Hetzer der regierungsfeindlichen Strömung sind:

Kommunist Sievert-Chemnitz, Unabhängiger Kahnt, Unabhängiger Knauf.

Charaktere der unter 6, 7 und 8 genannten Persönlichkeiten:

Minister v. Brandenstein, nach außen hin Demokrat, hält zu U.S.P.D., unzuverlässig, mit großer Vorsicht zu behandeln.

Staatsrat Drechsler, U. S. P. D. (früher Redakteur der Tribüne), selbstbewußt, läßt mit sich reden.

Oberregierungsrat Dr. Gräter, bürgerlich gesinnt.

Staatsrat Beyer, sehr eitel, vornehm, nicht zuverlässig, verspricht oft, was er nicht halten kann, glaubt die Arbeitermassen mehr in der Hand zu haben, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Staatsrat Vetterlein, U. S. P. D., ungebildet, macht den Eindruck eines Biedermannes, einflußreich, jedoch mit großer Vorsicht zu behandeln.

Regierungsrat Ebersbach wird als unzuverlässig bezeichnet.

Oberbürgermeister Dr. Herrfurth ist sehr besorgt um seinen Posten, sucht neuerdings Anlehnung an das Bürgertum; in seinen Ansichten sehr schwankend.

Stadtrat Dr. Trautner, bürgerlich gesinnt.

Westphal, D. B. P., anständiger Charakter, geht jedoch Unannehmlichkeiten aus dem Wege, zeigt sich schlapp.

Jakob Margella, unangenehmer Mensch, sehr unzuverlässig, moralisch nicht einwandfrei.

Eid, großer Schwätzer, sehr unzuverlässig.

Leven, unzuverlässig.

Bretschneider, S. P. D:

Knauf, Bebelerscheinung, sehr fanatisch, hat die Massen in der Hand.

Bankier Oberlaender, Schwätzer, unmaßgebliche Persönlichkeit.

Als Gewährsleute sind zu nennen: Fabrikbesitzer Jocke, Luisenstraße 7, Fabrikbesitzer Graefe, Fabrikbesitzer Spaethe, Major Freiherr v. Bothmer, De Smit-Straße 3. ...“⁽²⁰⁾

Seit Beginn des Jahres 1920 wurde auch die Werbung und Organisation eines Zeitfreiwilligenbataillons in Gera aktiv betrieben. Als Kommandant fungierte der Leiter der Abwicklungsstelle, Major v. Bothmer. Propagandistisch wirkte im Raum Gera besonders der „Heimatbote“. Dieses Blatt wurde von Ernst Schott, Sohn des Direktors des Chem. Werkes Heinrichshall in Langenberg, heraus gegeben. Er machte aus seiner „deutsch-nationalen Gesinnung“ keinen Hehl.

In Nr. 22 vom 22. Februar 1920 verfasste er den Leitartikel unter der Überschrift „Der Ernst der Lage“. Darin heißt es:

„ Der Bolschewismus in Deutschland ist nicht tot. Er arbeitet mit allen Kräften an dem festen Zusammenschluß aller derer, die die Diktatur des Proletariats erstreben. Ob das Unabhängige sind oder Spartakisten und Kommunisten ist völlig gleich. Sie haben alle das gleiche Ziel: Die Errichtung der roten Schreckenerrschaft nach russischem Muster..... Deshalb muß jeder wehrhafte Mann in den Zeitfreiwilligenverband eintreten. Er muß den Schutz seines und seiner Angehörigen Leben und Eigentum selbst übernehmen...

Wer diese Mahnrufe in den Wind schlägt, ist ein Dummkopf....“^(16a)

In Nr. 23 vom 24.02. wird gegen die antimilitärische Einstellung der Arbeiterfunktionäre im Artikel „Volksverhetzung“ gewettert. Hier hieß es:

„ Volksverhetzung betreibt das Gewerkschaftskartell mit einem Flugblatt, das es in diesen Tagen in Gera und Umgebung verbreiten ließ. Es behauptet wahrheitswidrig und wider besseres Wissen, dass die Verlegung einer schwachen Reichswehrformation aus den geräumten Gebieten nach Gera eine Herausforderung der Arbeiterschaft sei. Jeder nüchtern denkende Mann begreift, dass die Heeresverwaltung die Truppen, die aus Oberschlesien usw. zurückgezogen werden müssen, nicht auf der Straße kampieren lassen kann. Sie müssen untergebracht werden. Nun

hat die Heeresverwaltung in Gera Kasernen, also Unterkunftsräume, die zur Zeit unbenutzt liegen. Es ist doch selbstverständlich, dass man, ehe man anderwärts zu dem Ausweg der Bürgerquartiere greift, die vorhandenen Baulichkeiten zur Unterbringung verwendet. Wenn die Kahnt, Knauf und Konsorten diese Selbstverständlichkeit benutzen, um die arbeitenden Massen gegen die spärliche Reichswehr aufzuwiegeln, so ist dies eine Brunnenvergiftung allerschlimmster Art, die von jedem nüchternen Arbeiter mit Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Die Angst vor dem Militär, die aus dem Vorgehen des Gewerkschaftskartells deutlich wird, zeigt das schlechte Gewissen. Das Vorhandensein einer Reichswehrformation sichert die Ruhe am Platze fraglos weit wirksamer als die Versicherungen der unabhängigen Staatsräte und ihrer Parteifunktionäre.....⁽⁴³⁾

Von der wirklichen Gefahr, die der Demokratie von rechts drohte, sollte abgelenkt werden, indem das drohende Gespenst des Bolschewismus herauf beschworen wurde.⁽⁴⁴⁾

In unmittelbarer Vorbereitung auf den Staatsstreich wurde am 11. März für das hiesige Zeitfreiwilligenbataillon des Major von Bothmer eine „Vorläufige Alarmordnung“ ausgegeben. In ihr heißt es:

„1. Der Zusammentritt des Bataillons zur Erfüllung seiner Aufgabe: Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe, Schutz der lebenswichtigen Betriebe und des Eigentums der Bürger, kann erfolgen:
a) vorbeugend, d. h. um das Entstehen öffentlicher Unruhen zu verhindern bzw. im Keim zu ersticken.
b) Plötzlich, wenn überraschend größere Unruhen und Ausschreitungen eintreten.....⁽²³⁾

Für wen und gegen wen solche Einsätze geplant waren, zeigte sich einige Tage später.

Der Putsch

Am Sonnabend, den 13. März, marschierte die konterrevolutionäre Marinebrigade Erhardt mit klingendem Spiel, das Hakenkreuz am Stahlhelm, in Berlin ein, um die Regierung zu stürzen. Durch militärische Machtdemonstration sollten die Volksmassen

eingeschüchtert und die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt werden.

An der Spitze des Putsches standen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, Reichswehrgeneral Walter von Lüttwitz, General Erich Ludendorff und andere Militaristen. Es wurde das Regierungsviertel besetzt. Die Reichsregierung floh zunächst nach Dresden und am 14.03. nach Stuttgart.

Die Führungen von SPD, USPD und Gewerkschaften riefen zum Generalstreik zur Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Republik auf. Die Reichsleitung der KPD schloss sich diesem Aufruf an. Die drohende Gefahr für die junge deutsche Demokratie bewirkte spontan die Aktionseinheit von Arbeitern, Angestellten und anderen demokratischen Kräften.⁽⁴⁵⁾

In Gera wurde die Nachricht vom Putsch am 13.03. gegen Mittag durch eine Sonderausgabe des „Geraischen Tageblatt“ bekannt.⁽⁴⁷⁾ Sofort erfolgte auch die Alarmierung der Zeitfreiwilligen. Nicht nur das Reichswehrbataillon des Majors v. Coburg und die Zeitfreiwilligen hatten auf diese Nachricht gewartet. Auch andere antirepublikanische Kräfte hielten ihre Stunde für gekommen. Sie trafen sich im Hotel „Viktoria“ am Hauptbahnhof (heute Dresdner Bank), um ihren Beitrag zum Umsturz zu leisten, unter ihnen Hofkammerad Dr. Ebersbach und der Hirschberger Bürgermeister Krämer.⁽²¹⁾

Die in Gera anwesenden Vertreter der Landesregierung reagierten bald darauf mit folgender Bekanntmachung:

„Verbot

Auf Grund von Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung erlassen wir für das Gebiet des Volksstaates Reuß folgendes Verbot:

Jede Aufnahme, Veröffentlichung und Verbreitung einer Kundgebung der verfassungswidrigen Reichsregierung Kapp in Zeitungen, Flugblättern und ähnlichen Verbreitungsmitteln wird verboten.

Zu widerhandlungen werden auf Grund der bestehenden Gesetze geahndet.

Gera, den 13. März 1920

Der Staatsrat des Volksstaates Reuß⁽²²⁾

Die Funktionäre der Geraer Arbeiterschaft trafen sich am Spätnachmittag im Debschwitzer Genossenschaftsheim (später Klubhaus „Clara Zetkin“). Sie beschlossen, am Montag, den 15.03., den Generalstreik in allen wichtigen Geraer Betrieben durchzusetzen⁽⁴²⁾. Während die entsprechende Information an die in Gera wohnenden Kollegen noch am Sonntag gegeben werden konnte, musste dafür gesorgt werden, die aus den umliegenden Orten am Montag eintreffenden Beschäftigten für diese Aktion zu gewinnen. Ähnliche Beschlüsse wurden auch in Greiz und anderen Industrieorten des Landes gefasst.⁽²⁷⁾

Am Abend des ersten Putschtages nahmen Vertreter des Staatsrates Verbindung mit der Kaserne auf, um zu erfahren, ob das dortige Reichswehrbataillon zur Verfassung steht oder auf der Seite der Putschisten. Major v. Coburg und auch der Chef der Zeitfreiwilligen, Major v. Bothmer, wichen dieser Frage aus und gaben damit zu erkennen, wie sie sich verhalten werden.⁽²⁸⁾

Am Sonntag, den 14. März fanden im Volksstaat Reuß Gemeinderatswahlen statt. Gegen 08:00 Uhr forderten Major v. Coburg und Major v. Bothmer die Landesregierung auf, Vertreter in die Kaserne zu entsenden. Das wurde von dieser entschieden abgelehnt.⁽²⁹⁾

Gleichzeitig waren die inzwischen auf ca. 1000 Mann angewachsenen Zeitfreiwilligen erneut alarmiert und in die Kaserne beordert worden.⁽³⁰⁾ Gegen 10:05 Uhr erschienen ein Leutnant und 2 Mann im Regierungsgebäude und übergaben dem anwesenden Staatsrat Hermann Drechsler ein Ultimatum. Die Regierung wurde aufgefordert, sich innerhalb von 2 Stunden zur Kapp-Regierung zu bekennen, andernfalls würde sie als Gegner betrachtet.⁽³¹⁾ Zur Aufrechterhaltung der Aktionsfähigkeit des Staatsrates wurde in Abstimmung mit dem im Debschwitzer Genossenschaftsheim gebildeten Aktionsausschuss beschlossen, dass sich die Geraer Regierungsmitglieder nach Greiz begeben, um gemeinsam mit den dortigen Mitgliedern handlungs-

fähig zu sein.⁽³²⁾ In Greiz wurden Gewehre an einsatzbereite Arbeiter ausgegeben. Von ihnen wurde der Schlossberg besetzt und in den Zufahrtsstraßen Barrikaden errichtet.⁽⁶⁾

Genau nach Ablauf des Ultimatums setzten sich von der Kaserne aus bewaffnete Einheiten der Reichswehr und der Zeitfreiwilligen in Marsch. An der Spitze Lastkraftwagen mit Maschinengewehren bestückt. Sie besetzten in der Stadt wichtige Gebäude: Regierungssitz, Rathaus, Bahnhöfe, Reußische Tribüne, Schlachthof u. A.⁽³³⁾ Am Nachmittag wurden Bekanntmachungen der Putschisten kurz nacheinander veröffentlicht.⁽³⁴⁾

Ein mit Gewehren und Handgranaten bewaffnetes Reichswehrkommando versuchte die führenden Persönlichkeiten der Regierung und der Arbeiterbewegung zu verhaften. Es gelang ihnen nur den Kommunisten Hermann Schulze festzunehmen und in der Kaserne zu inhaftieren.⁽³⁵⁾ Sicher sollten mit der bewaffneten Demonstration auch die Geraer Wähler abgeschreckt werden, ihre Stimme für die Kandidaten der Arbeiterparteien abzugeben. Trotzdem gelang es den „Linken“ 14 Mandate zu erringen, während die bürgerlichen Parteien nur 13 für sich verbuchen konnten.³

Die Absicht der Putschisten, in einem Handstreich in Greiz die Regierungsmitglieder festzunehmen, wurde fallen gelassen, als Landrichter Scheube, der eine Erkundungsfahrt nach Greiz unternommen hatte, meldete, dass die dortigen Verteidigungsmaßnahmen so angelegt sind, dass die geplante Aktion ohne größeren Truppeneinsatz keinen Erfolg haben kann.⁽³⁶⁾

Die Arbeiterschaft nimmt den Kampf auf

Am Montag, den 15.03., wurde der vorgesehene Generalstreik in Gera und in den anderen Orten des Volksstaates voll wirksam. Nur in den lebenswichtigen Bereichen (Gaswerk, E-Werk, Gesundheitswesen u. A.) wurde gearbeitet. In einigen Stadtteilen sammelten sich die Arbeiter der dortigen Betriebe und wei-

3 am 14. März fanden Gemeinderatswahlen statt

tere Bürger. Demonstrationzüge bewegten sich ins Stadttinne-
re. Viele zogen zum Markt, der mit Stacheldraht abgesperrt war.
Reichswehrsoldaten und Zeitfreiwillige hatten dahinter gut
bewaffnete Posten bezogen. Es wurde gewarnt: „Halt! Wer wei-
ter geht, wird erschossen.“⁴⁽³⁷⁾ Trotzdem drängten die Massen
immer stärker heran. Gegen 10:00 Uhr wurde schließlich die
Stacheldrahtsperre durchbrochen. Soldaten und Zeitfreiwillige
eröffneten das Feuer. Der Lehrling Willy Strobel und der Fabrik-
arbeiter Emil Seiler waren die ersten Todesopfer. Nachdem die
Arbeiter kurzzeitig zurück gedrängt werden konnten, drückten
sie, von hinten geschoben, erneut in großer Zahl zum Markt
und zum Kornmarkt vor. Es gelang ihnen, Gewehre und Ma-
schinengewehre zu erbeuten und erste Gefangene zu machen.

Gegen Mittag waren Rathaus und Regierungsgebäude ge-
stürmt und viele Putschisten entwaffnet und gefangen genom-
men. Mit Beutegewehren bewaffnet gelang es schließlich, auch
die anderen Gebäude einzunehmen. Mit dieser Niederlage woll-
te sich das Militär nicht zufrieden geben. Am Nachmittag rück-
ten Reserven aus der Kaserne an. Auf Lastkraftwagen, mit Ma-
schinengewehren bewaffnet, wollten sie die militärische Lage
ändern. Nach heftigen Kämpfen im Bereich des Steinweges
wurden auch diese Söldner entwaffnet und gefangen genom-
men. Im Anschluss daran zogen bewaffnete Arbeiter zur Kaser-
ne. In der oberen Sedanstraße (heute Franz-Petrich-Straße) er-
öffneten Soldaten aus den Fenstern der Kaserne das Gewehr-
feuer auf die anrückenden Arbeiter. Trotzdem gelang es, in die
Kaserne einzudringen, das anwesende Militär zu entwaffnen
und gefangen zu nehmen. Hermann Schulze konnte befreit
werden.⁽³⁷⁾

Durch das gemeinsame Handeln der Arbeiter und anderer Bür-
ger waren am Nachmittag die Putschisten in Gera vollständig
besiegt. Nun konnte die Regierung aus Greiz nach Gera zu-
rückkehren.

4 mündl. Information von Arbeiterveteranen

Der Sieg der Demokraten musste teuer bezahlt werden. Fünfzehn Bürger mussten ihr Leben lassen:

Schöneburg, Alfred	Arbeiter
Otto, Robert	Weber
Hagenauer, Albin	Mechaniker
Weniger, Hildegard	Haustochter
Strobel, Willy	Dreherlehrling
Wöllner, Kurt	Zimmermann
Schlotterbeck, Karl	Weißgerber
Mader, Elsa	Arbeiterin
Löffner, Oskar	Schlosser
Seiler, Emil	Fabrikarbeiter
Karras, Artur	Maschinist
Fröhlich, Gotthardt	Maschinist
Scheidung	Lokomotivheizer
Benni, Josef	Zigarrenarbeiter
Brauer, Paul	Dreher

Auf Seiten der Putschisten gab es drei Tote, darunter Hauptmann a. D. Karl Schweizer, der sich nach seiner Gefangennahme selbst erschoss.⁽⁴⁸⁾

Am Freitag, den 19. März 1920, wurden die teuren Toten, die vorher im Regierungsgebäude aufgebahrt waren, in einem gewaltigen Trauerzug zum Südfriedhof begleitet, wo sie in einer würdigen Trauerfeier zur letzten Ruhe gebettet wurden. An ihrer Grabstätte wurde 1921 ein vom Dresdner Künstler Prof. Selmar Werner entworfenes Denkmal errichtet. In den Jahren der Weimarer Republik wurde an dieser Stelle jährlich von vielen Geraern dieser Opfer gedacht. Die Faschisten schändeten das Denkmal und verhinderten diese Totenehrung. Nach 1945 wurden die Schäden beseitigt. Bis 1989 fanden jährlich wieder Gedenkveranstaltungen statt. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, dass diese von der SED einseitig vereinnahmt wurden.

Nachdem die Landesregierung nach Gera zurückgekehrt war, schickte sie an Reichswehrminister Noske folgendes Telegramm:

„Geraer Arbeiterschaft hat sich das Recht, keine Garnison zu haben, blutig erkämpft. Putschtruppen der Kapp-Regierung sind gefangen und entwaffnet. Unrechtmäßige Regierung Ebersbach ist gestürzt, alte Regierung wieder am Ruder.“⁽³⁸⁾

Zu gewaltigen Gegenaktionen der Arbeiter kam es in ganz Deutschland. Nachdem dadurch in weiten Teilen des Reiches die Putschisten geschlagen waren, mussten sich am 17. März ihre führenden Vertreter aus dem Berliner Regierungsviertel zurückziehen. Einige flohen ins Ausland⁽⁴⁶⁾. Aber an manchen Orten hatten sie noch nicht aufgegeben. Deshalb weigerten sich auch die Arbeiter im Volksstaat Reuß, die Waffen nieder zu legen und sofort wieder ihre Arbeitsplätze einzunehmen. Die spontan handelnden Kämpfer des 15. März bildeten Verbände der Arbeiterwehren.

Keine Sondergerichte gegen Putschisten

Angesichts des frechen Auftretens der Putschisten und der Todesopfer hatte sich eine große Empörung und Wut gegen sie gesammelt. Empörte Arbeiter mussten daran gehindert werden, an Gefangenen Selbstjustiz zu üben. Der Aktionsausschuss und die Landesregierung forderten in dieser Situation von der Reichsregierung Sondergericht zur Aburteilung der Putschisten. Die bürgerlich dominierte Reichsregierung lehnte dies aber ab und übertrug diese Aufgabe den „ordentlichen Gerichten“.⁽³⁹⁾

Diese Auffassung musste Verwunderung und Unverständnis hervorrufen, wenn man bedenkt, dass nicht wenige Vertreter der Justiz selbst am Putsch beteiligt waren.⁽⁴⁰⁾

In Gera waren das:

Landgerichtspräsident	Dr. Walter Schumann
Landgerichtsrat	Heinrich Hagen
Landrichter	Dr. Hans Scheube. ⁽⁸⁾

Wie dann geurteilt wurde, ist an anderer Stelle zu lesen.

Erneute Gefahr

Bereits am Tag nach der feierlichen Beisetzung der Opfer zeigt sich, dass die Arbeiter richtig handelten, als sie sich weigerten, ihre Waffen abzugeben und auseinander zu gehen.

In der Nacht vom Freitag, den 19.03., zum Sonnabend, den 20.03., marschierten Reichswehrtruppen aus Plauen kommend bei Hohndorf in reußisches Gebiet ein. Wie sich später heraus stellte, handelte es sich um die Reichswehrbataillone I/37 und II/38 in Stärke von 800 Mann. Es waren jene Einheiten, die am Dienstag, den 16. März, in Plauen auf unbewaffnete Demonstranten geschossen hatten, die friedlich forderten, das Militär aus ihrer Stadt abzuziehen. Dabei waren 8 Arbeiter getötet und 17 schwer verwundet worden.⁽⁵²⁾

Ein Arbeiter aus Hohndorf hatte die Nachricht vom Einmarsch dieser Truppen per Fahrrad am Sonnabend Morgen dem Greizer Aktionsausschuss überbracht. Dieser alarmierte sofort die Arbeiterwehren in Greiz und Zeulenroda/Triebes und benachrichtigte den zentralen Aktionsausschuss in Gera.⁽⁵³⁾ Die Reichswehr bewegte sich auf Nebenstraßen in Richtung Naitschau, Zentren der Arbeiterbewegung versuchten sie zu umgehen. In Erkenntnis der großen Gefahr, die von dieser Truppe ausgehen konnte, wurden die Arbeiterwehren in gesamten Volksstaat alarmiert, sowie in den benachbarten thüringer Gebieten (Altenburg, Schmölln, Ronneburg, Weida, Hermsdorf, Stadroda, Eisenberg) und Westsachsen (Fraureuth, Crimmitschau, Werdau) informiert.⁽⁵⁴⁾

Der Greizer Aktionsausschuss schickte den Minister Oberländer den Truppen entgegen. Er sollte die Absichten und Ziele des Militärs erkunden. Die Kommandeure Major Botze und Hauptmann Kopp erklärten ihm, dass sie in friedlicher Absicht nach Westsachsen in ihre neuen Garnisonen marschieren woll-

ten. Dem widersprach ihre kriegsmäßige Bewaffnung und die Tatsache, dass sie ohne vorherige Anmeldung in reußisches Staatsgebiet eingedrungen waren. Nachdem es zu einem Feuerwechsel zwischen der Reichswehr und einem Erkundungstrupp der Greizer Arbeiterwehr gekommen war, wurde Oberländer vorübergehend als Geisel genommen.⁽⁴¹⁾

Die Abwehr wird organisiert

Inzwischen wurde der Widerstand gegen die Reichswehrbattalione in breiter Front organisiert. Im Geraer Ministerium hatte sich ein Hauptstab unter Leitung von Bruno Zschätzsch gebildet. Unter Führung von Minister von Brandenstein hatten die Geraer Arbeiterwehren ihren Gefechtstand in der Gaststätte „Fortuna“ bei Weida eingerichtet. Die Greizer Arbeiterwehren hatten schon vorher einen Gefechtstand im Gasthof „Sonne“ in Gommla bezogen.

Zunächst wurde vermutet, die Reichswehrverbände wollen nach Leipzig marschieren, um die dortigen Putschisten im Kampf gegen die Arbeiter zu unterstützen. Es musste verhindert werden, dass die Truppen über Weida nach Gera oder in Richtung Großebersdorf nach Hermsdorf oder über Berga nach Westsachsen gelangten. Auch sollte ein Ausweichen nach Greiz verhindert werden. Entsprechend wurden Einheiten der Arbeiterwehren zur Absperrung eingesetzt.⁽⁵⁶⁾

Ein gut organisiertes Meldesystem (Fahrradmelder, Motorradmelder), vor allen Dingen die Nutzung des öffentlichen Telefonnetzes sorgte dafür, dass die Stäbe über die Bewegung der Reichswehr immer gut informiert waren und die Arbeiterwehren entsprechend einsetzen konnten. Allerdings hörte die Reichswehr die telefonischen Meldungen ab. Sie hatte das Telefonnetz angezapft.⁽⁵⁷⁾

Die meisten Führer der Arbeiterwehren hatten im I. Weltkrieg Fronterfahrung sammeln müssen. Diese konnten sie nun gegen ihre wirklichen Feinde anwenden. Die Abwehrkräfte der Arbeiter

handelten hier nicht mehr spontan wie am 15. März in Gera sondern gut organisiert entsprechend den jeweiligen Bedingungen. Das geht auch aus einem Erinnerungsbericht von Ernst Heyer hervor, der damals bei „Wesselmann-Bohrer-Companie“ in Zwötzen beschäftigt war:

„Während und nach dem Putsch wurde aus Betriebsarbeitern eine Hundertschaft aufgestellt und bewaffnet. Als die Plauener Reichswehr auf Gera vorrückte, wurde die Hundertschaft alarmiert und rückte per Fußmarsch nach der „Hohen Reuth“ ... ab. Dort fällte sie befehlsmäßig Bäume beiderseits der Straße und errichtete Straßensperren... Radpatrouillen wurden auf Großebersdorf und Schwarzbach vorgeschoben mit dem Auftrag, bei Feindberührung sofort Pistolenschüsse abzugeben...“⁽⁶⁵⁾

Seitens der Greizer Arbeiterwehr wurden Spähtrupps ausgeschickt, um die aktuelle Marschrichtung der Bataillone genau zu beobachten und den Stäben zu melden. Die ständige Flankierung der Reichswehr durch diese Spähtrupps führte immer wieder zu kurzem Feuerwechsel. Dieser Zustand beunruhigte die Soldaten.⁽⁶⁶⁾

Die Reichswehr wird umzingelt

Herbert Frister, der im Hauptstab als Telefonist eingesetzt war, berichtet über den Plan, die Reichswehr zu umzingeln:

„Nach meiner Kenntnis waren unmittelbar im Kampfgebiet und in den Bereitstellungsräumen etwa 2000 bewaffnete Arbeiter aufmarschiert, und zwar aus

Gera mit Vororten	1000 Kämpfer
Greiz	400 Kämpfer
Zeulenroda und Triebes	150 Kämpfer
Werdau, Crimmitschau und Fraureuth	250 Kämpfer
Berga, Weida, Neustadt a. O., Ronnburg, Auma und Hohenleuben	200 Kämpfer

Die Reichwehrebataillone waren zusammen 800 Mann stark. Einen förmlichen Operationsplan zur Niederkämpfung der Reichswehr gab es nicht, wohl aber eine Planskizze, mündlich festgelegt nach kurzer Beratung im Aktionsausschuss. Danach sollte

die Reichswehr vor dem Überschreiten der Elster eingekreist und entwaffnet werden. Taktisch war das so gedacht:

1. Aufmarsch der Hauptmacht (Geraer Hundertschaften) in Weida, wo ein Teil als kampfkraftige Eingreifreserve verbleiben sollte, um eventuelle Versuche der Reichswehr zu verhindern, an Weida westlich vorbei zu marschieren oder östlich der Elster einsetzen und den Weg nach Leipzig sperren zu können, falls den Truppen ein Durchbruch bei Zickra auf das östliche Elsterufer gelänge. Der andere Teil der Hauptmacht sollte weiter auf Zickra vor marschieren.

2. Marsch der Greizer Hundertschaften nach Norden, und zwar östlich parallel zur Reichswehr, mit dem Kampfauftrag, den Übergang der Truppen auf das rechte Elsterufer zu verhindern.

3. Marsch der Hundertschaften aus Zeulenroda/Triebes nach Norden, die Reichswehr westlich flankierend.

4. Die Arbeiterwehr Berga sollte einen Brückenkopf auf dem westlichen Elsterufer bilden und die Elsterbrücke sperren.

5. Aufmarsch der Arbeiterwehren Werdau/Fraureuth auf den östlichen Elsterhöhen bei Berga.

So war der Plan skizziert und so wurde er ausgeführt. Bei seiner Konzipierung war zwar noch nicht bekannt, ob die Reichswehr nach Berga oder Weida marschieren würde. Die Einschließungsabsicht aber stand fest; entweder sollte sie bei Zickra/Berga oder vor Weida erfolgen. Nachdem die Marschrichtung der Truppen erkannt war, wurden präzise Befehle zum Marsch in die vorgesehenen Räume und Angriffsstellungen erteilt und lokale Erkundungen durch die Hundertschaften angeordnet, deren Kommandeure alle Weltkriegserfahrungen hatten.

Es wurden außerdem zusätzlich und vorsorglich weitere Hundertschaften alarmiert, z. B. die Arbeiterwehren Schmölln, Altenburg, Eisenberg, Stadtroda u. A. Insgesamt waren in Ostthüringen in Front und Reserve bedeutende Kräfte proletarischer Kämpfer konzentriert. Ihre Stimmung war gut und kampfesfroh. Die gut mit Waffen und Munition ausgestattete Hundertschaft Berga konnte ihren Kampfauftrag, einen Brückenkopf auf dem westlichen Elsterufer zu bilden, nicht ausführen. Es lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen, warum nicht. Aber, und das ist bemerkenswert für das taktische Geschick des Bergaer Kommandeurs, Genossen Ottenschläger, man baute eine MG-Stellung bei den „Wolfsgruben“ auf, von wo

die Elsterbrücke besser unter Beschuss genommen werden konnte, als wenn die Maschinengewehre direkt an der Brücke gestanden hätten. Außerdem entsandte er aus eigenem Entschluss einen Zug mit MG auf die beherrschende Höhe bei Clodra, um die Straße nach Weida zu sperren, bis die Geraer Hundertschaften eintrafen.“⁽⁵⁸⁾

Die Reichswehr bewegte sich von Naitschau über Langenwetzendorf nach Hainsberg-Kühdorf. Zwischen Hainsberg und Kühdorf versuchte Carl v. Brandenstein in ersten Verhandlungen, die Reichswehr zur Kapitulation zu bewegen. Dies blieb ohne Erfolg.⁽⁵⁹⁾ Die Hauptmacht der Truppen bezog in der Nacht vom Sonnabend, den 20., zum Sonntag, den 21. März, in Kühdorf Nachtquartier, die Spitze hatte inzwischen über Wildetaube Zickra erreicht und quartierte sich dort ein. Am nächsten Morgen erreichte auch der Hauptteil Zickra.

Das Gefecht bei Berga

Während sich die Hauptaufmerksamkeit auf die Bewegung dieser Truppenteile konzentrierte, kam es im Raum Berga zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Reichswehr und Arbeitern.

Herbert Frister berichtet darüber:

„Ein Reichwehrsoldat aus Berga führte etwa eine Kompanie, die mit MG ausgerüstet war, südlich Berga bei der Eulamühle über die Elster, wo es zwei Kahnfähren und eine Furt ab. Die Arbeiterwehr Berga errichtete daraufhin Straßensperren, konnte damit aber das Vordringen der Reichswehrkompanie nicht aufhalten. Die Einheit stieß bis Kleinkundorf vor, verhaftete in Berga einige Arbeiter und griff dann die Werdau/Fraureuther Genossen auf der Geißendorfer Höhe (Friedhof Berga) an, wo die westsächsischen Kämpfer gut gestaffelte Stellungen mit idealem Schussfeld hatten. Es kam zu heftigen Kämpfen, z. T. auf Nahdistanz bis 150 m und beiderseits zu Verlusten an Toten und Verwundeten. Der Angriff der Reichswehr wurde zurück geschlagen. Auf der Westseite der Elster entwickelten sich gleichfalls blutige Auseinandersetzungen. Insgesamt hatten die Arbeiterwehren in den Kämpfen 8 Tote und 15 Verwundete zu beklagen. Die Verluste der Reichswehr betragen 6 Tote und etwa 10 bis 15 Verwundete.“⁽⁶⁰⁾

Aus der Bewegung der Bataillone war ersichtlich geworden, dass sie über Berga nach Westsachsen weiter wollten. Ihre Konzentration in Zickra erschien dem Hauptstab günstig, sie einzuzingeln und am Weitermarsch zu hindern. Entsprechend bezogen die Arbeiterwehren ihre Stellungen. Da die Reichswehr weitaus besser bewaffnet war als die Arbeiterwehren, war nicht ausgeschlossen, dass ihr im Falle militärischer Auseinandersetzungen ein Durchbruch in die eine oder andere Richtung gelang. Deshalb vergaß der Stab auch nicht, weitere Arbeiterwehren aus Westsachsen und dem Vogtland als Reserve zu alarmieren.

Kapitulationsverhandlungen

Nachdem die Hundertschaften der Arbeiter den Ring geschlossen hatten, begab sich Minister v. Brandenstein, begleitet von Kommandeuren der Arbeiterwehren, zu erneuten Verhandlungen mit der Reichswehr nach Zickra. Zunächst wurden die Gespräche auf dem Dorfanger geführt, später wurde im Gasthof weiter verhandelt.

Die Offiziere der Reichswehr erklärten, sie seien auf ihrem Weg nach Westsachsen in friedlicher Absicht über reußisches Territorium marschiert und protestierten dagegen, das sie von bewaffneten Arbeitern daran gehindert würden. Die Forderungen der Parlamentäre, ihre Waffen nieder zu legen, wiesen sie erneut ganz entschieden zurück. Sie drohten, unter dem Einsatz ihrer gesamten Bewaffnung den Durchzug zu erkämpfen.

Da sich die Verhandlungen ergebnislos in die Länge zogen, begab sich Staatsrat Hermann Drechsler, Mitglied des Aktionsausschusses, zum Verhandlungsort. Er drohte, die Arbeiterwehren würden mit schweren Waffen den Angriff beginnen, wenn die Bataillone nicht innerhalb von 20 Minuten kapitulieren. Auf die Frage von Major Boltze gab er die Zahl der zum Angriff bereit stehenden Kämpfer mit 5000 an⁽⁶¹⁾. Drechsler bemerkte weiter, die Arbeiter wären mit Geschützen und Minenwerfern

ausgerüstet⁽⁴⁹⁾. Dabei hatte er stark übertrieben, denn in Wirklichkeit waren ca. 1500 – 2000 Arbeiter an der Einschließung beteiligt⁽⁶⁷⁾. Die Bewaffnung bestand in Wirklichkeit lediglich aus Gewehren, Handgranaten und einigen Maschinengewehren.

Die Kapitulation

Hermann Drechsler berichtet über die Situation:

„Der Major war bleich geworden, seine Hände zitterten. Nach einer Weile sagte Major Boltze mit belegter Stimme zu den Offizieren: »Dann müssen wir kapitulieren, meine Herren Kameraden.« Einige verhehlten ihren Unwillen über diese Entscheidung nicht und unterhielten sich lebhaft. Aber Brandenstein hatte die Situation erfasst: »Es ist wirklich das Beste, was Sie tun können.«, riet er dem völlig zusammengebrochenen Major, »Ich entwerfe gleich die Kapitulationsbedingungen.« Und schon glitt seine Hand über das Papier.⁽⁹⁾ Die Offiziere der Reichswehr legten Wert darauf, dass in dem Vertrag vermerkt wird, dass sie sich erst nach bewaffneten Auseinandersetzungen bereit erklärt haben, diese Vereinbarung zu unterzeichnen. Im Vertrag wurde festgehalten, dass die Truppe zwei Drittel aller Waffen und Munition den Arbeiterwehren zu übergeben hatte. Unter der Kontrolle von bewaffneten Arbeitern hatten sie sich nach Gößnitz zu begeben, wo sie mit der Bahn zu ihren Garnisonen Oschatz und Freiberg transportiert wurden⁽⁶²⁾. (Im Gegensatz zu dieser Angabe, die auch in anderer Literatur zu finden ist, schreibt Hermann Drechsler: „Die Schlacht von Zickra war beendet. Am anderen Morgen stießen wir das Bataillon per Extrazug von Berga aus nach Sachsen ab, wo die indessen den Zug bald verließen. Ein großer Teil von ihnen verkrümelte sich.“)⁽¹⁰⁾

Der von Brandenstein entworfene Kapitulationsvertrag wurde von 6 Kommandeuren der Arbeiterwehren und den beiden Kommandeuren der Reichswehrebataillone unterzeichnet. Er trat am 21. März um 13:15 Uhr in Kraft, nachdem schon seit Beginn der Verhandlungen, 09:15 Uhr, die Waffen geruht hatten.⁽⁶³⁾

Nach Meinung von Herbert Frister ist diese Zickraer Kapitulationsurkunde⁽⁶⁸⁾ ein einmaliges Beispiel, dass reguläre Truppen ihre Niederlage gegenüber Arbeitern schriftlich bekunden.⁽⁶⁴⁾

Mutige Jugendliche

Aktiv an diesen Kämpfen gegen die Reichswehr beteiligten sich auch Geraer Jugendliche, die sich später zu bekannten Persönlichkeiten entwickelten. So führte Erich Knauf, Sohn des damaligen Geraer USPD-Vorsitzenden Heinrich Knauf, einen Arbeiter-Stoßtrupp. Er wurde ein bekannter Redakteur und Schriftsteller. Sein Reportagen-Roman „Ca ira!“ hat die damaligen Kämpfe zum Inhalt. Als Antifaschist wurde er 1944 in Berlin von den Faschisten hingerichtet.

Auch der Sohn des damaligen Staatsrates und späteren Landrats Hermann Drechsler war als 16 ½-jähriger Mitglied eines solchen Stoßtrupps. Als bildender Künstler malte Erich Drechsler Szenen dieses Kampfes. Er übte nach 1954 als bekannter Arzt verschiedene Funktionen im Gesundheitswesen aus. Als Professor leitete er mehrere Jahre die Psychiatrische Klinik in Stadtroda.

In diesen bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Reichswehrebataillonen verloren weitere Arbeiter ihr Leben:

Fleischer, Max	aus Waltersdorf
Fleußner, Johann	aus Berga
Schiller, Richard	aus Greiz-Irschwitz
Hämpel	aus Werdau
Uhlich	aus Werdau
Fritzsche	aus Leubnitz
Zeug, August	aus Weida

(50)

Während die anderen Toten in ihren Heimatorten beigesetzt wurden, fand für Max Fleischer und Richard Schiller eine würdige Trauerfeier auf dem Friedhof in Greiz-Aubachtal statt. In einem beachtlichen Trauerzug waren die Toten vom Sommerpalais, wo sie aufgebahrt waren, zum Friedhof gefahren worden. Am Wagen mit den Särgen befand sich die Aufschrift: „Wir starben für Euch – Brüder!“⁽⁵¹⁾

Aufhebung des Ausnahmezustandes

Im benachbarten sächsischen Vogtland waren im Kampf gegen die Putschisten unter Führung des legendären Max Hölz starke proletarische militärische Einheiten entstanden. Hölz versuchte in diesem Gebiet auch nach dem Scheitern des Putsches revolutionäre Machtverhältnisse zu installieren. Sein Vorgehen gegen die bürgerliche Justiz und einige Fabrikanten führte zu Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Sie ließ schließlich dieses Gebiet wiederum von der Reichswehr besetzen. Argwöhnisch schaute sie auch auf den Volksstaat Reuß, wo Arbeiterwehren durch ihren Sieg über die Putschisten große Autorität besaßen. Deshalb zögerte sie, den im Januar verhängten Ausnahmezustand endlich aufzuheben, obwohl sich doch gezeigt hatte, dass nicht die „Linken“, gegen die er sich richtete, die Demokratie gefährdeten sondern die rechten Kräfte.

Erst am 31. März verkündete die Reichsregierung, dass der Ausnahmezustand mit Wirkung vom 01. April 1920 für die Thüringer Staaten aufgehoben wird. In Nr. 18 des „Amts- und Verordnungsblatt des Volksstaates Reuß“ vom 08. April 1920 wird die „Verordnung“ abgedruckt:⁵

„Der Reichspräsident hat auf den von Minister v. Brandenstein überbrachten Antrag des Staatsrates von Thüringen und nachdem sich der Staatsrat für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verbürgt hat, für Groß-Thüringen und die angeschlossenen Gebiete mit Wirkung vom 1. April an, alle Ausnahme-Bestimmungen aufgehoben, in der Erwartung, daß Gewaltakte aller Art unterbleiben und die verfassungsmäßigen Behörden anerkannt und in ihrer Wirksamkeit nicht behindert werden.

Berlin, den 31. März 1920

Der Reichspräsident
Die Reichsregierung“ ⁽⁶⁹⁾

Nachspiel

Nachdem durch den opferreichen Kampf der Arbeiter die Reichsregierung wieder nach Berlin zurück kehrten und ihre Macht wieder im ganzen Reich weitest gehend ausüben konn-

5 Inzwischen konsultierte sich der Staat Großthüringen.

te, war eine ihrer ersten Maßnahmen, die Arbeiter aufzufordern, ihre Waffen abzugeben. Diese Waffen kamen wieder in den Besitz der Reichswehr, die zu großen Teilen den Putsch unterstützt hatte oder selbst aktiv beteiligt war. Dabei kam es im Falle des Volksstaates Reuß bezüglich der bei Zickra vorgetäuschten schweren Waffen zu einer Episode, die Hermann Drechsler schildert:

„Der beinahe humoristische Ablauf der „Schlacht“ hatte aber noch wirklich ein humoristisches Nachspiel. Die Geraer Staatsstreicher unter Führung des Bürgerbundes stimmten ein großes Geschrei an über erbeutete Waffen, Munitionsmengen und Kanonen. Sie fühlten sich bedroht und richteten dauernd Hilferufe an die Reichsregierung, besonders an das Reichswehrministerium.

Die Folge war, dass die Regierung des Volkstaates Reuß in strengem Ton nach Berlin zur Verantwortung geladen wurde. Erstens sollten die Waffen, besonders die Minenwerfer und Kanonen schnellstens an die maßgebenden Reichsinstanzen abgeliefert und für die von den Baltikumsfreischärlern erbeuteten Pferde eine Summe von 80.000 Mark bezahlt werden. Der von der Regierung zu diesem Zweck nach Berlin delegierte Leiter des Wirtschaftsministeriums, Staatsrat Zschätsch, kam leider bald mit den Geheimräten in Streit, wobei ihm das Zitat aus dem „Götz von Berlichingen“ entfuhr. Dadurch flogen die Verhandlungen natürlich sofort auf und alle stob wie eine Herde Gänse auseinander. Die Reichsregierung beklagte sich schwer über diese Manieren und bat um die Entsendung eines neuen Vertreters.... Diesmal wurde Minister von Brandenstein und der Verfasser dazu bestimmt. Die Verhandlungen fanden in einem herrlichen Raum einer der Berliner Paläste statt.

Der Aufmarsch eines haben Dutzend von Geheimräten in Frack und Zylinder, die ihr Aktenbündel samt der wohl gebürsteten Angströhre auf die Knie nahmen und uns, als die schlecht

beleumdeten Vertreter einer Arbeiterregierung mit verachtungsvollen Blicken musterten, reizten zum Lachen.

Neben den uns vorgestellten Geheimen und wirklich Geheimen Räten fiel mir besonders „Seine Exzellenz, Vizekanzler Bauer“, der sozial-demokratische Vertreter der damaligen Koalitionsregierung auf, der uns mit einem Gemisch von Leutseligkeit und stolzer Kälte die Hand, oder besser gesagt die Spitze des Zeigefingers, reichte. Er trat sofort in die Verhandlungen ein und gab den Geheimräten nacheinander das Wort, die ein wahres Trommelfeuer von Anklagen auf uns abluden. Herr von Brandenstein wollte jede der vorgebrachten Beschwerden widerlegen, weshalb sich die Besprechung sehr in die Länge zog. In einer Redepause bat ich ums Wort und ging gerade aufs Ziel los: „Herr Vizekanzler, erinnern Sie sich an die Nacht vom 13. zum 14. März, als die Regierung auf ihrer Flucht nach Stuttgart vor den Kapp-Rebellen, die Regierung des kleinen Volksstaates Reuß von Dresden aus anrief, wir möchten den dienstlichen Verkehr mit der verfassungsmäßigen Regierung aufrecht erhalten, alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern ablehnen und ihnen eventuell mit Waffengewalt begegnen? Das tat die Geraer Arbeiterschaft und die uns heute anklagen sind die Verschwörer von damals, die sie aus Berlin verjagten. Die Geraer Arbeiterschaft war demnach autorisiert von der Reichsregierung selbst und heute sollen wir 80.000 Mark für die erbeuteten Pferde aufbringen? Waffen und Munition sind in guter Verwahrung, die erbeuteten Pferde sind der Landwirtschaft leihweise überlassen, zum Teil an kleine Bauern verschenkt. Aber die Minenwerfer und Kanonen existieren in Wirklichkeit gar nicht. Es war eine Schnapsidee von mir, die Herren Offiziere des Plauerer Bataillons ordentlich auf den Besen zu laden und zur Kapitulation zu bringen, denn mit Waffengewalt war es uns ganz unmöglich, ihnen irgend etwas anzuhängen. Die List gelang und müßte eigentlich den ungeteilten Beifall der Reichsregierung finden. Wenn die Herren Vertreter der deutschen Wehrmacht bis hinauf zur Reichswehr auf die Kanonen und Minenwerfer der friedlichen Arbeiterschaft hereinfliegen, dann ist das zwar eine spaßi-

ge Angelegenheit, aber auch ein Zeichen dafür, mit welcher Leichtigkeit Anklagen gegen uns zustande kommen und von höchsten Reichsstellen verfolgt werden. Jedenfalls gratuliert die Regierung des Volksstaates Reuß den Herren von der Wehrmacht zu dem fatalen Reinfall und bittet, die Sache zu den Akten zu legen.“

Unter den Geheimräten war das Mißbehagen über die Wendung sichtbar angestiegen. Wie sollte man uns aus dieser Blamage heraus finden? Exzellenz Bauer fand den erlösenden Schluss. Nach verschiedenen Hin- und Herfragen entschied er mit wohltonender tiefer Bassstimme: „Es erhebt sich kein Widerspruch mehr, dann gilt die Sache als abgetan.“ So haben wir lange nicht gelacht, wie auf dieser Heimfahrt von Berlin. Ein Arbeitervertreter hatte die Wehrmacht gründlich herein gelegt.“ ⁽¹¹⁾

Nach der Niederschlagung des Putsches

Nach dem Sieg über die Feinde der Republik wurden weitere verantwortliche Funktionäre des Aktionsbündnisses in die Landesregierung aufgenommen:

Bruno Zschätzsch	USPD	
Max Lang	SPD	
Kurt Sebastian	KPD	(2)

Damit wurde das breite Bündnis dieser Abwehraktion auch in diesem politischen Organ repräsentativ zum Ausdruck gebracht.

Anlässlich der opferreichen Abwehr des Angriffes auf die Demokratie und die Verfassung machten verschiedene konservative Presseorgane im Land nicht etwa Front gegen den Verfassungsbruch und den dadurch entstandenen Schaden der Putschisten, sie bezichtigten die Abwehrkräfte des Gesetzesbruchs, verurteilten deren Bewaffnung und zeitweise Beschlagnahme von Fahrzeugen und andere „Übergriffe“. Es war zu befürchten, dass seitens der bürgerlichen Justiz, deren antirepu

Amts- und Verordnungsblatt für den Volksstaat Reuß

Nr. 22

 Gera, den 28. April 1920

Inhalt: Amnestie für die bei der Abwehr des Rapp-von Lüttwiz-Butsches Beteiligten. — Bekanntmachung, betr. den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag im Volksstaate Reuß. — Passausstellung für die Einreise in das oberthüringische Gebiet. — Bekanntmachung, betr. Berufung eines Ersatzmitgliedes aus dem Prüfungsausschuss für die Wahlfähigkeitsprüfung. — Bekanntmachung, betr. Hinweis in den höheren Schulen und Volksschulen auf die Gründung Thüringens. — Regierungs-Bekanntmachung, Mitteilung des Kommissars der thüringischen Staaten für die Ablieferung von Vieh an Frankreich und Belgien. — Bekanntmachung, betr. Verordnung zur Einführung der Reichsabgabenordnung. — Bekanntmachung, betr. Einteilung der Impfstationen des Bezirksverbandes Oreiz. — Viehseuchenpolizeiliche Bekanntmachung des Bezirksverbandes Schleiz. — Kleine Anzeigen.

Der Staatsrat des Volksstaates Reuß hat beschlossen:

Für alle zur Abwehr des Rapp-von Lüttwiz-Butsches und der hochverräterischen Unternehmungen, die mit ihm im Zusammenhange standen, insbesondere für alle zur Bekämpfung und Beseitigung der im Anschluß an den genannten Butsch in Reuß gebildeten gegenrevolutionären Regierung Ebersbach-Schuhmann, wie zur Verhütung künftiger derartiger Verbrechen im Gebiete des Volksstaates Reuß im März und April 1920 etwa gegen strafgesetzliche Bestimmungen vorgenommenen Handlungen politischen Charakters wird dergestalt eine allgemeine Amnestie erlassen, daß, soweit Untersuchungen noch nicht eingeleitet sind, Straffreiheit gewährt wird und daß die bereits anhängigen Verfahren niedergeschlagen werden.

Die Strafverfolgungsbehörden haben sich in Zweifelsfällen an die Landesregierung, Abteilung für die Justiz, zu wenden, die über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Amnestie endgültig entscheidet.

Gera, den 24. April 1920.

Die Landesregierung des Volksstaates Reuß.

Brandenstein. W. Oberländer. Wetterlein. Sebastian.

M. Lang. Bruno Jäschke. H. Drechsler.

Nachdem der Volksrat von Reuß durch Beschluß vom 28. April 1920 den 1. Mai 1920 als gesetzlichen Feiertag erklärt hat, weisen wir die staatlichen, kommunalen und sonstigen Behörden an, an diesem Tage nicht tätig zu sein.

Die Schulen haben zu schließen.

Gera, den 28. April 1920.

Die Landesregierung des Volksstaates Reuß.

gez. Dr. Gräter i. V.

blikanische Grundhaltung bekannt war, Gerichtsverfahren gegen die Verteidiger der Republik eingeleitet würden.

Das veranlasste die Landesregierung zu einem Beschluss über entsprechende Amnestie.⁽⁷⁰⁾

Außerordentlich nachsichtig verhielt sich die Staatsmacht gegenüber den aktiven Teilnehmern des Putsches. Nachdem sie verhinderte, dass sie vor Volksgerichten zur Verantwortung gezogen werden, sprachen die so genannten „ordentlichen Gerichte“ Urteile „im Namen des Volkes“ über sie.

Ähnlich wie überall in Deutschland sah das auch für die im Volksstaat Reuß führend am Putsch Beteiligten aus. Folgende Personen sollten sich wegen „hoch- und landesverräterischer Umtriebe“ vor dem Reichsgericht in Leipzig verantworten:

1. Major Freiherr Albert v. Coburg
2. Major Karl v. Bothmer
3. Hofkammerrat Dr. Wilhelm Ebersbach
4. Bürgermeister Alfred Krämer (Hirschberg)
5. Oberlehrer Dr. Friedrich Bamler
6. Bankier Wilhelm Oberländer
7. Landgerichtspräsident Dr. Walter Schumann
8. Rechtsanwalt Walter Kratsch
9. Warenschauer Rudolf Großmann
10. Rittergutspächter Kurt Fritsche
11. Regierungsrat Dr. Friedrich Grimm
12. Landgerichtsrat Heinrich Hagen
13. Generalsekretär Adolf Großmann
14. Landrichter Dr. Hans Scheube
15. Landrat a. D. Dr. Walter Drahotka (Greiz)
16. Leutnant Theodor Niedree
17. Leutnant Kurt Zeuner
18. Leutnant d. R. Werner Tröge
19. Hauptmann Ernst Blümel
20. Leutnant Friedrich Malinkwoll

21. Leutnant Paul Köhnlein
22. Leutnant Kurt Dorow
23. Leutnant d. R. Fritz Godusch

Und so lautete das Urteil:

„Das Strafverfahren gegen die ... 1 – 23 Genannten wird gemäß §§ 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 (RGB1.1487) eingestellt, da nach den geführten Voruntersuchungen kein ausreichender Anhalt dafür gegeben ist, dass die Angeschuldigten als „Urheber“ oder „Führer“ an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mit gewirkt haben. Gleichzeitig werden die gegen die Angeklagten erlassenen Haftbefehle aufgehoben sowie die auf die Angeschuldigten bezüglichen Sicherheiten frei gegeben.

Leipzig, den 13. September 1920 „ „ (3)

Zum Nachdenken

Obwohl in der Weimarer Republik nicht alle Interessen der Arbeiter berücksichtigt waren, bewiesen sie in den Märztagen 1920, dass sie die wirklichen Schützer der demokratischen Verfassung sind. Die damaligen Ereignisse zeigen auch, woher die Gefahr für die Demokratie kommt.

Die Arbeiterschaft und viele andere demokratische Kräfte bewiesen, dass sie in der Lage sind, den so genannten Rechtsstaat gegen alle Feinde, selbst gegen bewaffnete verräterische Schutzorgane des Staates, zu verteidigen, wenn sie im Kampf für die demokratischen Grundinteressen einig handeln.

Diese Einigkeit war leider nicht von Dauer. Sie kam auch nicht rechtzeitig im Kampf gegen den zur Macht strebenden Hitler-Faschismus zustande. Das wurde zum Verhängnis für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte.

Quelle

- (1) Im Kampf sind wir geboren – 1 – Abriß 1916 bis 1923 / Hans Goldammer, Rudi Scheffel. - Kreisleitung Gera-Stadt der SED, 1978, S. 23
- (2) Im Kampf ... S. 35
- (3) Im Kampf ... S. 34
- (4) Seela, Reyk: Landtage und Gebietsvertretungen in den reußischen Staaten . - 1848/67 – 1923. - Jena:Gustav Fischer Verl., 1996, S. 86
- (5) Drechsler, Hermann: Über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,. - Band II, Manuskript im Stadtarchiv Gera (811/2), S. 75
- (6) Drechsler, H. ... S. 98
- (7) Drechsler, H. ... S. 98
- (8) Drechsler, H. ... S. 112-113
- (9) Drechsler, H. ... S. 106-107
- (10) Drechsler, H. ... S. 107
- (11) Drechsler, H. ... S. 107–110
- (12) Drechsler, H. ... S. 112-113
- (13) Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 3. - Berlin: Dietz-Verlag, 1966. S. 580/581
- (14) Der Märzputsch im Volksstaat Reuß. - herausgegeben vom Presseamt Reuß, 1920, S. 8
- (15) Der Märzputsch ... S. 8-9
- (16) Der Märzputsch ... S. 3–5
- (17) Der Märzputsch ... S. 9
- (18) Der Märzputsch ... S. 9
- (19) Der Märzputsch ... S. 9-10
- (20) Der Märzputsch ... S. 14–18
- (21) Der Märzputsch ... S. 14
- (22) Der Märzputsch ... S. 10–13
- (23) Der Märzputsch ... S. 15
- (24) Der Märzputsch ... S. 18
- (25) Der Märzputsch ... S. 19
- (26) Der Märzputsch ... S. 20
- (27) Der Märzputsch ... S. 35
- (28) Der Märzputsch ... S. 20
- (29) Der Märzputsch ... S. 20
- (30) Der Märzputsch ... S. 20
- (31) Der Märzputsch ... S. 20
- (32) Der Märzputsch ... S. 21
- (33) Der Märzputsch ... S. 21
- (34) Der Märzputsch ... S. 22–24

- (35) Der Märzputsch ... S. 23
- (36) Der Märzputsch ... S. 30
- (37) Der Märzputsch ... S. 33-34
- (38) Der Märzputsch ... S. 37
- (39) Der Märzputsch ... S. 38
- (40) Der Märzputsch ... S. 38
- (41) Der Märzputsch ... S. 39–44
- (42) Heimatbote. - Gera, (1920)22 = (22.02.1920)
- (43) Heimatbote. - Gera, (1920)23 = (23.02.1920)
- (44) Heimatbote. - Gera, (1920)24 = (26.02.1920)
- (45) Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik Teil II. - Dietz-Verlag 1966, S. 83
- (46) Geschichte ... S. 84
- (47) Geraisches Tageblatt, Sonderausgabe v. 13.03.1920
- (48) Revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse – März 1920 im Bezirk Gera. - Herausgeber: SED-Bezirksleitung Gera, S. 27
- (49) Revolutionäre Kämpfe ... S. 37
- (50) Revolutionäre Kämpfe ... S. 38
- (51) Revolutionäre Kämpfe ... S. 40
- (52) Frister, Herbert: Das Gefecht bei Zickra. - In: Zeitschrift für Militärgeschichte (1970)3. - S. 342-343
- (53) Frister, H. ... S. 342
- (54) Frister, H. ... S. 345-346
- (55) Frister, H. ... S. 343
- (56) Frister, H. ... S. 343-344
- (57) Frister, H. ... S. 344
- (58) Frister, H. ... S. 344–347
- (59) Frister, H. ... S. 347
- (60) Frister, H. ... S. 347
- (61) Frister, H. ... S. 348
- (62) Frister, H. ... S. 348
- (63) Frister, H. ... S. 348
- (64) Frister, H. ... S. 348
- (65) Kiefner, Martin: Die Zickraer Kapitulationsurkunde – Ein Dokument des Sieges. - Die Kapitulation von Zickra, Herausgeber: Staatliche Museen Greiz, 1971, S. 8
- (66) Querfeld, Werner: Die siegreiche Klassenschlacht Greizer Arbeiter bei Zickra. - Heimatbote. - Greiz, (1970)März. - S. 54
- (67) Drechsler, Erich. - In: März 1920, Ein Künstler ergreift Partei. - herausgegeben vom Museum Greiz-Sommerpalais 1970
- (68) Die Kapitulation von Zickra. - Herausgeber: Staatliche Museen Greiz, 1971, S. 13

- (69) Amts- und Verordnungsblatt für den Volksstaat Reuß. - (1920)18 =
April 1920
- (70) Amts- und Verordnungsblatt ... (1920)22 = (28.04.1920)

Nachricht.

Als erstes Opfer der Gegenrevolution fiel am Montag den 15. März
unser Turngenosse

Willy Strobel

im jugendlichen Alter von 18 Jahren. Seine Strebsamkeit und sein
ruhiges Wesen hatten ihn bei allen sehr beliebt gemacht. 2839

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Ostvorstädtischer Turnverein.

Zur Erweisung der letzten Ehre versammeln sich die Mitglieder am Freitag den
19. März, nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle. Anzug: Turnjackett, schwarze Hose.



Wir starben für Euch – Brüder!
Tausende Geraer erweisen ihren Toten die letzte Ehre



Gewehrrappell der Arbeiterwehr



Geraer Arbeiter vor dem Abmarsch nach Zickra



Stoßtrupp Erich Knauf



Mahnmal an der Straße Zickra/Berga

